



Foto: Joseph Rohmann

Das erste Impfzentrum Berlins entstand in der Arena-Treptow, wo sonst große Messen oder Konferenzen stattfinden.

## Impfstoffproduktion vergesellschaften

LINKE-Fraktionsvorsitzender zur Corona-Situation

! Lassen Sie mich mit guten Nachrichten beginnen: Die Zahl der Neuinfektionen ist rückläufig. Die Sieben-Tage-Inzidenz ist erkennbar zurückgegangen. Das sollte uns Mut machen. Aber – und das ist der schlechte Teil – die Zahlen sinken nur langsam, und vor allem ist die Zahl der Menschen, die intensivmedizinisch behandelt werden müssen, zu hoch. Unser Ziel muss es hier sein, zu einer spürbaren Entlastung zu kommen.

Wir haben einen zugelassenen Impfstoff. Damit wächst die Hoffnung, Infektionen auch auf anderem Wege als durch Reduzierung der Kontakte eindämmen zu können. Wir haben uns in Berlin in den vergangenen Wochen gut auf den Impfstart vorbereitet und die

notwendigen Infrastrukturen geschaffen. Da verstehe ich durchaus auch, dass es nervt, wenn bereits zugesagte Lieferungen nur verzögert ankommen. Ja, es war klar, dass die Produktion der Impfstoffe nach der Zulassung erst anlaufen muss. Ja, es war auch klar, dass nicht von Tag eins an gleich alle Kapazitäten ausgelastet werden können. Aber es war schon länger klar, dass die zusätzlichen Produktionskapazitäten auch in Deutschland benötigt werden.

Der gemeinsame europäische Weg der Beschaffung war richtig und wichtig, aber diese Pandemie ist global, und ihre Eindämmung muss, wenn sie erfolgreich sein soll, auch global erfolgen. Dafür müssen die Impfstoffe aber auch global schneller zur Verfügung stehen.

Wir wollen uns eben nicht damit zufriedengeben, dass ein großer Teil der Menschen im globalen Süden erst irgendwann ab 2022 mit einer Impfung rechnen kann. Und ja, dafür halten wir auch eine Vergesellschaftung der Produktion der zu einem großen Teil mit öffentlichen Mitteln entwickelten Impfstoffe für notwendig. Da habe ich gar keine Bauchschmerzen.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Impfung ist aber auch, dass sich möglichst viele Menschen impfen lassen. Wir sollten auch im Blick behalten, wo wir eventuell nachbessern müssen, um es Menschen über 80 zu erleichtern, einen Impftermin wahrzunehmen. Das Angebot, mit dem Taxi ins Impfzentrum und zurück gebracht zu werden, ist da-

für sicher eine gute Maßnahme. Wenn es richtig ist, dass wir versuchen müssen, die Zahl der Kontakte so weit wie möglich zu reduzieren, wenn wir dafür nahezu alle Orte, an denen Menschen sich in ihrer Freizeit treffen, Geschäfte und Dienstleistungsbereiche, schließen, warum gilt das dann nicht auch für andere Arbeitsstätten, deren Aufrechterhaltung nicht lebensnotwendig ist? Warum bleibt es nur bei einem bloßen Appell, Homeoffice zu ermöglichen? Warum sprechen wir so viel über Infektionen im privaten Bereich und so wenig über Infektionen am Arbeitsplatz?

Noch immer kein Verständnis bringe ich dafür auf, dass für Beziehende von Hartz IV oder Grundrente noch immer kein Zuschlag von mindestens 100 Euro gezahlt wird. Gerade wenn Kinder jetzt auch tagsüber zu Hause sind und kein kostenfreies Mittagessen erhalten, dann muss das sein. Gleiches gilt auch für die überfällige Erhöhung des Kurzarbeitergeldes, die vielen helfen würde, durch diese schweren Wochen zu kommen.

Halten wir Abstand zueinander, tragen wir Masken, halten wir uns an die Hygieneregeln, nutzen wir die Corona-Warn-App, lüften wir regelmäßig, wenn wir uns drinnen aufhalten! Und vor allem: Halten wir die Zahl unserer physischen Kontakte zu anderen Menschen klein und überschaubar! Bei Letzterem kann auch ein kleines Notizbuch helfen. Wir stehen also vor enormen Herausforderungen, aber ich bin mir sicher, dass, wenn wir solidarisch sind und die Lasten der Krise und ihrer Überwindung gerecht verteilen, wir auch diese Krise meistern werden.

■ ■ Carsten Schatz,  
Fraktionsvorsitzender  
DIE LINKE im Abgeordnetenhaus



### Gysi meint...

## Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen

„ Es war ein historisches Datum, dieser 22. Januar 2021. Mit Honduras ratifizierte der 51. Staat den Atomwaffenverbotsvertrag, so dass dieser nunmehr in Kraft getreten ist. 2017 hatten in der UN-Vollversammlung 122 von 193 Mitgliedsstaaten den Vertrag zum Verbot aller Atomwaffen unterzeichnet.

Doch Deutschland war – wie die anderen NATO-Staaten und die Kernwaffenmächte – weder 2017 dabei noch beabsichtigt die Bundesregierung, diesen in

Bezug auf die Atomwaffen weitestgehenden Abrüstungsvertrag zu unterzeichnen.

Ihr Verweis auf den Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, der angeblich mit dem Verbotsvertrag unterzeichnet würde, wurde vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages ad absurdum geführt. Beide Verträge stünden „weniger in einem rechtlichen Konkurrenz-, als in einem Komplementärverhältnis zueinander“. Sie ergänzen sich also.

Außenminister Maas will Deutschlands Einfluss in der NATO nutzen, um die Atomwaffenarsenale zu reduzieren – und lehnt deshalb ein Atomwaffenverbot ab. Widersinniger geht es nicht. Merkel, Maas und Co. halten an der so genannten nuklearen Teilhabe fest, so dass im Kriegsfall deutsche Kampfpiloten US-amerikanische Atombomben, die auf deutschem Boden lagern, an ihr Ziel bringen müssten. Trotz der Erfahrung zweier Weltkriege und der Atombombenabwürfe von Hiroshima

und Nagasaki setzt die Bundesregierung damit weiter auf die Doktrin nuklearer Abschreckung.

Der Bundestag aber hat schon 2010 die Bundesregierung aufgefordert, den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland auf den Weg zu bringen. Wer die Welt von der Geisel der atomaren Bedrohung befreien will, muss dafür konkrete Schritte gehen und klare Signale setzen. Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages ist ein solches Signal. Es ist höchste Zeit, dass Deutschland seine ablehnende Haltung aufgibt, dass wir endlich eine Regierung bekommen, die unterschreibt.





Schon 2019 übergab DIE LINKE Berlin 10.243 Unterschriften an die Initiative, nun startet die nächste Runde.

## Berlin hat Eigenbedarf

**Volksbegehren startet in die 2. Sammelphase**

Das Volksbegehren zur Enteignung großer Immobilienkonzerne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ startet am 26. Februar in die zweite und entscheidende Unterschriftensammelphase. Dann müssten innerhalb von 4 Monaten 240.000 Unterschriften gesammelt werden. Gelingt dies, können die Berlinerinnen und Berliner am 26. September zeitgleich

zur Abgeordnetenhauswahl über eine mögliche Vergesellschaftung nach Art. 15 GG abstimmen.

Das Volksbegehren hat zum Ziel, dass große Immobilienkonzerne mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin enteignet werden. Diese Konzerne sind in den meisten Fällen börsennotierte Unternehmen, deren alleiniger Zweck die Pro-

fitmaximierung für ihre Investoren ist. Die größte dieser Aktiengesellschaften auf dem Berliner Immobilienmarkt, die „Deutsche Wohnen“, besitzt etwa 110.000 Wohnungen in Berlin.

Der „Deutsche Wohnen“ ist es in den letzten Jahren gelungen, Jahr für Jahr Milliarden Gewinne einzufahren – auf Kosten der Mieterinnen und Mieter. Jahresgewinn allein 2019: etwa 1,6 Mrd. Euro! Das Volksbegehren hat sich zum Ziel gesetzt, diesem Geschäftsmodell ein Ende zu bereiten. Insgesamt geht es um rund 240.000 Wohnungen in ganz Berlin.

Diese Wohnungen sollen in öffentliche Hand überführt und in gemeinnütziger Weise bewirtschaftet werden – die Wohnungen sollen wieder nach ihrem Gebrauchswert und nicht als Anlageobjekt verwandt werden. Die gesetzlich vorgeschriebenen Entschädigungszahlungen sollen zunächst über Kredite finanziert werden, die anschließend aus den laufenden Mieteinnahmen gedeckt werden. Der Bestand an landeseigenen Wohnungen würde durch die Vergesellschaftung in etwa verdoppelt.

DIE LINKE Berlin hat sich wie bereits in der 1. Sammelphase ein ambitioniertes Ziel gesetzt: DIE LINKE Berlin möchte selbst 30.000 Unterschriften sammeln und beisteuern. Aus dem Bezirk Treptow-Köpenick sollen hierzu mindestens 3.000 Unterschriften erbracht werden. Die Sammlung wird durch die Pandemie erschwert. Die Initiative wird ein Hygienekonzept für „corona-konformes“ Sammeln vorlegen – ohne Maske, Abstand und Vorsicht wird es nicht gehen. Doch von der Pandemie sollten wir uns von der notwendigen politischen Arbeit nicht abbringen, von den erschwerten Bedingungen nicht entmutigen lassen. Lasst uns eine starke Botschaft an die Finanzinvestoren senden: Berlin hat Eigenbedarf – es ist Zeit für Enteignungen!

■ ■ Moritz Warnke,

Mitglied im Landesvorstand



Infos zum Mietendeckel für Wohnungen gibt es hier: [www.linksfraktion.berlin/mietendeckel/](http://www.linksfraktion.berlin/mietendeckel/)

## Die kleinen Läden sichern

**Mieten für Gewerbetreibende im Lockdown kürzen!**

Den meisten Gewerbetreibenden steht das Wasser bis zum Hals und die kleinen Läden in unseren Nachbarschaften sind nach einem Jahr Pandemie massiv bedroht. Es braucht endlich staatliches Gegensteuern und Die LINKE fordert deshalb einen Mietenschnitt für Gewerbetreibende!

Die Mieten für Gewerbeflächen waren schon vor Beginn der Pandemie vor einem Jahr viel zu hoch. Seit Jahren gehen nicht nur die Wohnungsmieten, sondern auch die Mieten für Gewerberäume durch die Decke. Viele Vermieter:innen von Immobilien handeln eben nicht im Sinne des Gemeinwohls sondern für Ihre Rendite mit der Miete.

Wer einen Laden betreibt, seit Monaten kaum Einnahmen hat und im Lockdown komplett schließen muss, den trifft die COVID-19-Krise gleich doppelt. Gewerbetreibende müssen trotz ausfallender Einnahmen ihre Gewerbemieten und gleichzeitig ihre Wohnkosten weiter zahlen. Mit Blick auf das Jahr 2021 stehen wir einer noch nicht zu überschauenden

Welle an Insolvenzen gegenüber. Nachdem die Bundesregierung und die Ministerpräsident:innen die erneute Verlängerung des Lockdowns erklärt haben, muss jetzt endlich entschlossen gehandelt und die Gewerbetreibenden vor weiteren Verschuldungen geschützt werden.

Die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass die letzten kleinen inhabergeführten Läden auch noch verschwinden und schließlich nur noch große Handelsketten oder Internetgiganten für den Einzelhandel übrig bleiben.

Damit Betriebe nicht wegen pandemiebedingter Einschränkungen ihre Geschäftsräume verlieren, ist ein besonderer Kündigungsschutz für die gesamte Dauer der COVID-19-Krise nötig. Gleichzeitig dürfen die Krisenkosten nicht allein auf den Gewerbemietern:innen lasten.

Eine tragfähige und zukunftsfeste Krisenlösung bringt deshalb nur ein Mieterlass, der inzwischen weltweit diskutiert wird. Notwendig ist ein Mie-

tenschnitt für alle Gewerbetreibenden, die durch die Auswirkungen der Pandemie von Umsatzeinbußen betroffen sind.

Die LINKE fordert zum Erhalt der Nahversorgung und zur Wiederbelebung der Innenstädte die Gewerbemietern:innen in der Pandemie zu entlasten und die Vermieter:innen an den Krisenkosten zu beteiligen und hat einen entsprechenden

Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht. Staatliche Subventionen zur Unterstützung der Wirtschaft sind sinnvoll und nötig.

Damit die staatlichen Hilfen auch bei den Betroffenen bleiben, müssen auch Vermieter:innen von Gewerberäumen auf einen Teil Ihrer Mieteinnahmen verzichten.

■ ■ Katalin Gennburg

### Isolation ist keine Lösung

Zur neuen Verordnung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung über Besuche in Senioren- und Pflegeheimen erklärt die pflegepolitische Sprecherin der Fraktion Die LINKE im Abgeordnetenhaus, Stefanie Fuchs:

„Mit einer Verordnung ordnet Senatorin Kalayci pauschal ein Besuchsverbot für Angehörige in Senioren- und Pflegeheimen an, das bereits bei nur einem bestätigten Fall unter den Bewohnenden oder den Pflegenden zu verhängen ist. Das führt in fast allen Einrichtungen Berlins zur faktischen Isolation der Bewohnerinnen und Bewohner. Das ist für uns nicht akzeptabel.“

In den vergangenen Wochen lag die Verantwortung für derartige Entscheidungen bei den bezirklichen Gesundheitsämtern und wurde auf Grundlage der spezifischen Gegebenheiten vor Ort getroffen. Dieser Weg war gut und praktikabel, zumal hierauf die jeweilige Einrichtung eingegangen wurde und es keine pauschalen Besuchsverbote gab.

Eine solche Regelung hat im Senat explizit keine Zustimmung gefunden und widerspricht nach unserer Auffassung auch dem § 28a Infektionsschutzgesetz, der eine vollständige Isolation untersagt.

Ich erwarte von Senatorin Kalayci, diese Verordnung zurückzunehmen und beim bisherigen Verfahren zu bleiben.“





Aus dem

# Rathaus

TREPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 267

Februar 2021

Fraktion DIE LINKE

in der BVV Treptow-Köpenick



Abbildung der seinerzeit entwendeten Tafel. Inzwischen wurde eine neue Tafel angebracht.

## Kein Geschäft mit Leid von NS-Opfern

Gedenktafel auf Ebay angeboten

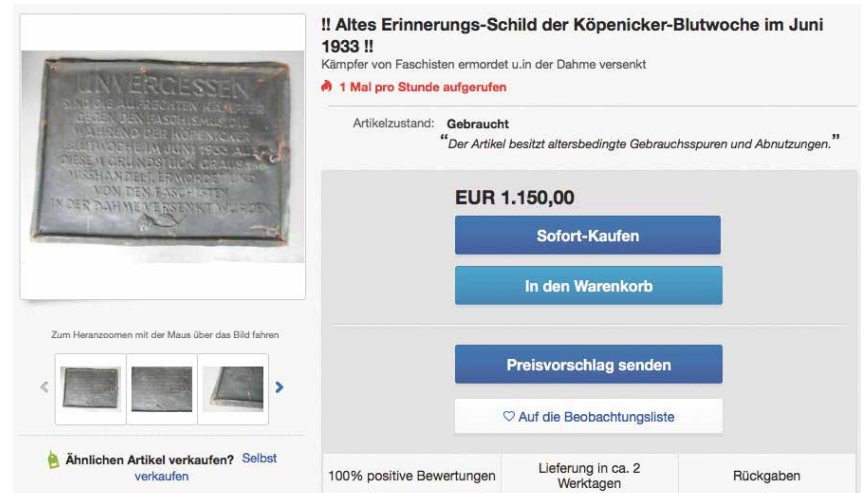


Auf Ebay hat ein Brandenburger Händler eine mutmaßlich gestohlene Gedenktafel aus Treptow-Köpenick zum Kauf angeboten. Die Tafel, um die es sich hier vermutlich handelt, war zu DDR-Zeiten an der Wendenschloßstraße 390 im Ortsteil Wendenschloß angebracht. Hier befand sich das Wassersportheim des sozialdemokratischen Reichsbanner, das ein SA-Sturm nach der NS-Machtübernahme im März 1933 besetzt und geplündert

hatte. Während der „Köpenicker Blutwoche“ im Juni 1933 wurden hier wie an anderen Orten Menschen festgehalten und misshandelt. Die „Köpenicker Blutwoche“ stellte einen Höhepunkt des frühen SA-Terrors in Berlin dar. Mehrere hundert SA-Männer verschleppten und folterten bis zu 500 politisch Missliebige, Jüdinnen und Juden, mindestens 23 Menschen starben. Anlass für die gezielten Verhaftungen boten das reichsweite Verbot des „Deutschnationalen

Kampfrings“ und der SPD. Von dem Wasserzugang des Grundstücks aus wurden die Leichen der Ermordeten in Säcke verschnürt und in die Dahme geworfen. Manche Opfer wurden erst Wochen später im Wasser entdeckt und geborgen.

bar nach der öffentlichen Aufregung und nachdem das Bezirksamt Treptow-Köpenick informiert worden war, verschwand das Kaufangebot wieder. „Der Versuch mit einer entwendeten Gedenktafel, die an die Leiden der Opfer des Nationalsozialismus erinnert,



1983 wurde an diesem Ort eine Gedenktafel angebracht, die folgende Aufschrift enthielt: UNVERGESSEN SIND DIE AUFRECHTEN KÄMPFER GEGEN DEN FASCHISMUS, DIE IN DER KÖPENICKER BLUTWOCHE IM JUNI 1933 AUF DIESEM GRUNDSTÜCK GRAUSAM MISSHANDELT, ERMORDET UND IN DIE DAHME VERSENKT WURDEN.

Diese Tafel ist im September 1990 von Unbekannten entwendet worden und tauchte nun – 30 Jahre später – im Internet auf. Dort wurde mutmaßlich die Jahrzehnte vermisste Tafel zum Kaufpreis von 1.150 Euro angeboten. Offen-

Geschäfte zu machen, ist nicht nur scheußlich, sondern vermutlich auch strafbar,“ kommentiert Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der BVV-Fraktion DIE LINKE. VVN-BdA und DIE LINKE fordern Aufklärung, ob es sich bei dem angestrebten Absatz fremden Vermögens um eine rechtswidrige Tat gemäß § 259 Hehlerei Strafgesetzbuch (StGB) handelt, und verlangen die Rückgabe der Tafel an den Bezirk beziehungsweise die Museen Treptow-Köpenick.

## Tourist Information am Treptower Hafen

Personelle Absicherung zum Saisonstart sichern

Das Bezirksamt soll gemeinsam mit dem Tourismusverein Treptow-Köpenick, dem Pächter des Treptower Hafens und ggf. weiteren Akteuren (z.B. dem Industriesalon Schöneweide) rechtzeitig zum Saisonstart 2021 den Betrieb der Tourist Information am Treptower Hafen personell und inhaltlich absichern. Das forderte die Fraktion DIE LINKE in einem Antrag. Dabei sollte das Angebot aufgrund der bisherigen Erfahrungen überprüft, ggf.

entsprechend angepasst und die Attraktivität weiter erhöht werden. Die Öffnungszeiten sollten bedarfsgerecht gestaltet werden. Es sollte ebenfalls geprüft werden, ob und wie weit arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für den Betrieb genutzt werden können. Für den neuen Hafen am Treptower Park gibt es seit Sommer 2020 auch eine Tourist Information, die allerdings nicht geöffnet ist, weil Konzeption und Perso-

nal fehlen. Zum erwartbaren Saisonstart und Abflachen der Pandemielage sollte die Öffnung der Tourist Information sichergestellt werden. Dazu erklärt Petra Reichardt, Sprecherin für Wirtschaft der Fraktion DIE LINKE: „Für die personelle Besetzung der Tourist Information gab es bereits Angebote. Das Bezirksamt sollte jetzt das Augenmerk darauf legen, den Standort mit Personal und Konzept bis zur Saison startklar zu machen. Es ist ja damit zu rechnen, dass im Frühling und Sommer die Einschränkungen durch die Pandemie nachlassen und dann wieder vermehrt Touristinnen und Touristen an den Treptower Hafen kommen. Die brauchen dort verlässliche Ansprechpartner.“

## Beschlüsse

Beschlossen

VIII/1220 Radweg in der Waltersdorfer Straße in Bohnsdorf (CDU, Beitritt: DIE LINKE)

VIII/1262 LKW-Durchgangsverkehr raus aus Oberschöneweide (SPD, B90/Grüne, Beitritt: DIE LINKE)

VIII/1249 Miet- und Sozialberatung im Altglienicker Kosmosviertel ausbauen (SPD, DIE LINKE)

VIII/1245 Verkehrsgutachten Wendenschloß (SPD, DIE LINKE)

VIII/1277 Reparatur der Parkbänke in der Wuhlheide (Eichgestell) in Oberschöneweide (SPD, DIE LINKE)

In die Ausschüsse überwiesen

VIII/1278 Tourist Information am Treptower Hafen planen (DIE LINKE, CDU, Einzelverordnete FDP)

VIII/1283 Endlich geltendes Recht umsetzen – Baustellenumleitungen -hinweise für Radfahrende im Bezirk schaffen (B90/Grüne, Beitritt DIE LINKE)



# Etwas Grün gerettet



Parkdruck und die der Neubau einer Wohnanlage mit Eigentumswohnungen war der Grund für einen Antrag der CDU in der Bezirksverordnetenversammlung einen grünen Begleitstreifen in der Semmelweisstraße zu Querparkplätzen umwandeln zu lassen.

Die Grünfläche wurde als verwaht bezeichnet und somit entbehrungswert. Denkbar knapp scheiterte der Antrag mit Stimmgleichheit im Tiefbauausschuss und mit 15:18 Stimmen in der Bezirksverordnetenversammlung im November.

Somit konnte das Begleitgrün mit Eichen- und Kastanienbäumen mit den Stimmen der Linken gerettet werden. In einer Zeit, wo Baulücken zugebaut werden, lohnt sich der Kampf um jeden noch so kleinen Teil Natur. Und eine vermeintlich „verwaht“ Wiese mit höherem Gras bietet Nahrung, Schutz und Lebensraum für viele Tiere.

Foto: Tino Oestreich



# Jahrelange Verzögerungen

**Verbesserungen an der Baumschulenstraße dauert**

Die durch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beschlossenen Verbesserungen rund um die Baumschulenstraße kommen nur langsam voran. Auf Anfragen von Monika Brännström (DIE LINKE) wird ersichtlich, dass trotz wiederholter Nachfrage durch das Bezirksamt die Senatsverkehrsverwaltung nicht handelt. Bei der BVG dauert es ebenfalls noch immer Jahre, bis etwa Wartehäuschen aufgestellt werden. 2016 hatte die BVV auf Antrag von DIE LINKE beschlossen die Kreuzung Baumschulenstraße und Kieffholzstraße barrierefrei umzubauen. Ein weiterer Beschluss, den Übergang und Ampel der Baumschulenstraße und Ekkehardstraße barrierefrei zu machen, stammt aus 2018. Dieser Beschluss wurde ebenfalls auf Anregung von DIE LINKE getroffen. Passiert ist bei beiden Anträgen bislang nichts, obwohl die Modernisierung der Ampeln schon lange geplant ist und auf

der Modernisierungsliste steht. Gründe dafür konnten laut Bezirksamt weder die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz nennen noch die zuständige Firma Alliander Stadtlicht. Ebenfalls 2018 wurde auf Antrag von DIE LINKE beschlossen, Wartehäuschen an den Bushaltestellen Marggraffbrücke aufzustellen, nachdem diese vor Straßenbauarbeiten entfernt worden waren. Die Aufstellung eines Wartehäuschens an der Haltestelle Marggraffbrücke/Köpenicker Landstraße ließe auf sich warten, weil zuerst über Leitungen im Boden gestritten worden sei und nun die Herstellerfirma der Wartehäuschen Lieferschwierigkeiten habe. Warum das zuvor abgebaute Wartehäuschen nicht wieder aufgebaut wurde, erklärte dabei weder Bezirksamt noch BVG. Dazu erklärt Monika Brännström, gesundheits- und behindertenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

„Es ist enttäuschend, das auch nach Umbau der Senatsverkehrsverwaltung deren eigenen Ziele noch immer nicht erreicht werden. Dass sich bei der Barrierefreiheit für zwei Ampelkreuzungen über fünf Jahre nichts tut, ist ein Skandal. Die Bedürfnisse von blinden Menschen, Menschen mit Sehbehinderungen oder eingeschränkter Mobilität werden einfach auf die lange Bank geschoben. Das Bezirksamt muss künftig mehr Druck aufbauen und die Senatsverwaltung muss endlich arbeitsfähig werden.“

Das Aufstellen von Wartehäuschen scheint schon immer ein langjähriger Verwaltungsprozess zu sein, der sich mit „Weil wir dich lieben“ jedenfalls nicht erklären lässt. Wir werden jetzt beraten, was wir in der Bezirksverordnetenversammlung tun können, um diese Prozesse endlich zu straffen und zu beschleunigen.“

● Joseph Rohmann

# Sperrung der Wegedornbrücke

**Verkehrschao scheint schon vorprogrammiert**



Foto: Tino Oestreich

Seit einem halben Jahr sichern Baken die Gefahrenstelle auf der Brücke.

Schon seit vergangenem Sommer klafft auf der Wegedornbrücke in Fahrtrichtung Adlershof ein Schlagloch im Beton, das seither durch Baken abgesichert wird und zu einer erheblichen Fahrbahnverengung beiträgt. Auf eine Beseitigung der Gefahrenstelle warteten die Altglienicker aber bislang vergebens. Noch im August richtete der Bezirksverordnete Tino Oestreich seine Anfrage ans Bezirksamt und erfuhr hier, dass die Senatsverwaltung für Verkehr für die Koordination der Beseitigung der Gefahrenstelle zuständig ist. Nach wei-

teren vier Monaten, die ohne Veränderung der Situation ins Land gingen, fragte Oestreich im Dezember erneut nach. Er erfuhr nun, dass zwar zwischenzeitlich die Genehmigung für die Reparaturarbeiten auf der Wegedornbrücke vorliegt, jedoch vor der Beseitigung der Gefahrenstelle eine weitere Herausforderung bewältigt werden muss: „Die Bauarbeiten sind so umfangreich und arbeitsintensiv, dass laut Bezirksamt eine viertägige Straßensperrung erforderlich ist“, berichtet Oestreich. Ein Verkehrschao zu den tagesüblichen

Stoßzeiten scheint vorprogrammiert. Zumal die zweite Querung des Teltowkanals an der Köpenicker Straße, ursprünglich einmal als Behelfsbrücke in Betrieb genommen, den zusätzlichen Berufsverkehr von der Wegedornstraße kaum auffangen dürfte. Wie und wann die Beseitigung der Gefahrenstelle vorgenommen wird, konnte weiterhin noch nicht geklärt werden. Vom Tisch sind allerdings Pläne, auf der Semmelweisstraße in Höhe Lehmfeldesteig einen Grünstreifen in Parkbuchten für Autos umzuwandeln. „In den vergan-

genen Jahren sind viele unversiegelte Flächen im Bezirk verlorengegangen“, so Tino Oestreich. Bei der Entscheidung in der BVV konnte, wenn auch denkbar knapp, nun ein Zeichen für die Grünflächen und für die Verkehrsberuhigung gesetzt werden. Denn die am Straßenrand parkenden Fahrzeuge sorgen jetzt weiterhin dafür, dass auf der Semmelweisstraße die „Tempo 30-Zone“ vom fließenden Verkehr beachtet wird.

● Bernhard Brügger

# Stadtnatur-Ranger

Unter Koordination der Stiftung Naturschutz Berlin konnte im Mai letzten Jahr das bundesweit einmalige Pilotprojekt „Stadtnatur-Ranger“ der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz in Berlin starten. In diesem Jahr werden nun auch ein Stadtnatur-Ranger sowie eine Stadtnatur-Rangerin in Trep-tow-Köpenick im Einsatz sein. Sie werden u.a. im Volks- und Waldpark Wuhl-heide, dem Plänterwald sowie dem Landschaftspark Johannisthal anzutreffen sein.

In Kooperation mit dem Umwelt- und Naturschutzamt werden sie vielfältige Aufgaben zum Schutz und der Pflege ökologisch bedeutsamer Flächen wahrnehmen. Die Aufgaben reichen vom Gebiets- und Umweltmonitoring bis hin zur Koordination praktischer Arten- und Biotopschutzmaßnahmen wie dem Anlegen von Blühwiesen, dem Bau von Benjes-Hecken, der Errichtung von Insektenhotels oder der Entwicklung und Umsetzung von Mahdkonzepten. Zudem sollen sie außerdem künftig Ranger-Touren anbieten und Netzwerkarbeit leisten, Umweltbildungsprojekte mit verschiedenen Akteuren realisieren und interessierten Bürgerinnen und Bürgern als Ansprechpartner\*innen rund um Naturschutzfragen zur Verfügung stehen.

Während der regelmäßigen Gebietsbegehungen werden sie darüber hinaus die Einhaltung bestehender Regelungen unterstützen, Störungen aufzeichnen sowie Nutzungskonflikte durch ihre Präsenz und Fachkenntnis zu mindern helfen. Das bundesweit einmalige Projekt, das im Mai 2020 offiziell gestartet ist, wird durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK) finanziert. Trägerin des Projektes ist die Stiftung Naturschutz Berlin, die das Projekt für elf Bezirke in Zusammenarbeit mit der SenUVK und den bezirklichen Umwelt- und Naturschutzämtern umsetzt. Das Gesamtprojekt wird während der rund zweijährigen Laufzeit begleitend evaluiert. Dann soll entschieden werden, ob und wie der Einsatz der Ranger\*innen in den Bezirken nach 2021 weitergeführt wird.

## Familienfreundliche Unternehmen

Das Bezirksamt Trep-tow-Köpenick startet wieder den Wettbewerb „Familienfreundliche Unternehmen in Trep-tow-Köpenick“. Die Bewerbungsunterlagen können bei der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirksamtes Trep-tow-Köpenick angefordert oder im Internet heruntergeladen werden.



## BVV wird digitaler, AfD-Fraktion kleiner

### Keine kurzfristigen Lösungen für WLAN an Schulen

Die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung wird immer digitaler. Waren bei der Sitzung im Dezember nur eine Handvoll Bezirksverordnete per Video zugeschaltet, blieb im Januar rund die Hälfte der Verordneten zu Hause. Die Videokonferenz auf großer Leinwand ermöglichte die weitgehend störungsfreie Teilnahme an der Sitzung. Anders als etwa in Friedrichshain-Kreuzberg, wo die erste digitale Sitzung der BVV komplett zusammenbrach, blieb es bei wenigen technischen Störungen, die schnell behoben werden konnten. Zuschauerinnen und Zuschauer konnten das Geschehen wie gewohnt per Livestream verfolgen. Die kommende Sitzung solle komplett als Videokonferenz stattfinden,

verkündete BVV-Vorsteher Peter Groos. „Wir haben als Kommunalpolitikerinnen und -politiker nicht nur eine Vorbildfunktion, sondern sollten uns wie alle anderen auf die notwendigsten Wege beschränken. Nur wenn alle mithelfen, kann das Virus schließlich gestoppt werden“, erklärt Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Die Grundlage für eine digitale BVV hat DIE LINKE bereits in der vergangenen Legislatur mit dem Einsatz für eine Ausstrahlung per Livestream gelegt. Die lange geforderte bessere Internetanbindung im Amt und an Schulen müsse jetzt ebenso zügig umgesetzt werden wie die generelle Möglichkeit für Homeoffice in der Bezirksverwaltung, so Wohlfeil. Schulstadträtin Cornelia Flader (CDU)

antwortet derweil auf Nachfrage, es gebe keine kurzfristigen Lösungen für WLAN an Schulen. Während zwar jeder Laie innerhalb von wenigen Tagen einen Router kaufen und anschließen kann, erklärt Flader das Problem könne „nicht innerhalb von wenigen Wochen“ gelöst werden. Die Schulen warten unterdessen schon seit Jahren auf angemessene technische Ausstattung.

Vielleicht um nicht wie im November erneut wegen fehlender Maske des Saales verwiesen zu werden, nutzten sogar Verordnete der geschrumpften AfD-Fraktion die Möglichkeit der virtuellen Teilnahme. Die AfD Fraktion verkleinerte sich mit dem Austritt von Uwe Dolling, Bernd Stahlberg und André Bügel. Offenbar fühlten sie sich bei der Kandidatenaufstellung für die kommenden Wahlen nicht gebührend berücksichtigt. Laut Presseberichten störte sich Stahlberg an der fehlenden öffentlichen Stellungnahme Bügels zu dessen hauptamtlicher Stasitätigkeit.

● Joseph Rohmann

## Luftfilter und WLAN in Schulen in Trep-tow-Köpenick?

### Keine kurzfristigen Lösungen für WLAN an Schulen

Die Pandemie stellt insbesondere die Schulen vor besondere Herausforderungen. Um sicheren Unterricht in den Schulen zu ermöglichen, sind technische Möglichkeiten auszuschöpfen. Schon im Sommer 2020 setzte sich die Vorsitzende der Linken, Katja Kipping, für Luftfilter in allen Schulen ein. In Berlin wurde diese Idee vom Senat erhört. Mittel wurden am 3. November 2020 bereit gestellt. Um die Beschaffung sollten sich die Bezirke kümmern. Der Notwendigkeit dafür erhöhte sich ständig, insbesondere seit Dezember, als die Schulen geschlossen wurden.

Auf meine mündliche Anfrage am 21. Januar 2021 antwortete die Schulstadträtin Frau Flader, dass nun am 20. Januar 2021 endlich die Filter bestellt wurden. Als Begründung für diese monatelange Verzögerung wurden Probleme mit den Angeboten benannt. Die Lieferung soll irgendwann in mehreren Wochen erfolgen. Zum Vergleich, Spandau erhält vermutlich bis zum 25. Januar alle bestellten Geräte. Auf die Idee bei der Verteilung sich vor allem auf die jüngsten Jahrgänge zu konzentrieren, weil Homeschooling hier besonders ineffektiv ist, kam das Schulamt natürlich auch

nicht. Gut, dass die nächsten Bestellungen direkt von der Senatsfinanzverwaltung ohne Beteiligung der Bezirke erfolgen wird.

Und für ein weiteres Problem zeigt sich das Amt wenig kreativ. Die oftmals fehlende Verfügbarkeit von WLAN an Schulen, die gerade jetzt die Teilnahme der Kinder aus der Notbetreuung am digitalen Unterricht verhindert, kann auch kurzfristig nicht erhöht werden. Die Lösungen sind langfristig auf Monate und Jahre angelegt. Stattdessen sofort verfügbare WLAN-Hotspots für ca. 50 Euro einzusetzen, waren für die Schulstadträtin auch auf Nachfrage undenkbar. Somit hinterlassen die Ergebnisse der Suche des Schulamts nach kreativen Lösungen zur Linderung der Pandemie an Schulen bei mir einen ernüchternden Eindruck.

● Tino Oestreich





Antrag:  
**Miet- und Sozialberatung für das Kosmosviertel in der BVV angenommen!**

**AfD hat gegen gestimmt.**

**Wer hat nochmal das Direktmandat im Wahlkreis 3? Ahja die AfD! Kannste dir nicht ausdenken** 🗳️

## AfD stimmte dagegen

### Ausbau der Miet- und Sozialrechtsberatung

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick hat in ihrer Januarsitzung auf Antrag der Fraktionen SPD und LINKE beschlossen, das Bezirksamt zu

ersuchen, darauf hinzuwirken, dass im Kosmosviertel das Quartiersmanagement durch eine Mietberatung ergänzt wird, die schwerpunktmäßig die Mieter



**LKW-Durchgangsverkehr im Wohngebiet Oberschöneweide?**

**Für AfD kein Problem.**

## Lkw-Durchgangsverkehr

### Natürlich war die AfD gegen den Antrag

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick beschloss im Januar, das Bezirksamt werde ersucht, zu prüfen, wie der Lkw-Durchgangsverkehr durch Oberschöneweide unterbunden beziehungsweise weiter eingeschränkt werden kann. Für entsprechende verkehrsrechtliche Anordnungen, zum Beispiel durch das Verkehrszeichen 253 mit weißem Zusatzschild "Anlieger frei", ist es erforderlich, die Siemensstraße, die Edisonstraße und die Wilhelminenhofstraße aus der Klassifizierung als Hauptverkehrsstraßen nach dem Stadtentwicklungsplan (StEP) zu entlassen. Das Bezirksamt sollte deshalb einen entsprechenden Antrag gegenüber der Senatsverkehrsverwaltung, diese Straßen aus der Klassifizierung als Hauptverkehrsstraßen zu entlassen, prüfen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der AfD beschlossen, die offenbar kein Problem im LKW-Durchgangsverkehr in Oberschöneweide sieht.

/-innen zum Umgang mit Mieterhöhungen aus Modernisierungsmaßnahmen, mit Mietmängeln und mit Heiz- und Betriebskosten berät.

Weiterhin wurde das Bezirksamt ersucht, das Quartiersmanagement um eine Sozialberatung, gegebenenfalls durch Kooperation mit Trägern der Sozialhilfe zu ergänzen, die die Mieter /-innen im Kosmosviertel über bestehende Unterstützungsmöglichkeiten des täglichen Lebens durch Land und Bund und Beihilfen zu Miet- und Rechtsberatung berät sowie eine Schuldnerberatung beinhaltet.

Im Kosmosviertel wurden 2019 etwa 1.800 Wohnungen durch die Wohnungsgesellschaft Stadt und Land gekauft. Der Vorbesitzer hatte teilweise schon mit Modernisierungsarbeiten begonnen und darüber Mieterhöhungen verschickt. Die Umsetzung dieser Arbeiten und die damit verbundenen Mieterhöhungen scheinen aber teilweise fragwürdig. Ein Rechtsstreit zwischen

neuem und alten Eigentümern darüber läuft derzeit. Um die Mieterinnen und Mieter aber wie gewollt vor Verdrängung zu schützen, muss daher die Beratung ausgebaut werden.

Dazu erklärt Monika Belz, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE:

„Die Angemessenheit der Betriebs- und Heizkosten ist noch immer nicht geklärt und die gesamte Anlage ist in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand. Inzwischen hat sich auch die Mieterinnenschaft organisiert und sollte bei dem Ausbau der Beratungen eingebunden werden. Wir brauchen vor Ort einen aktiven Dialog zwischen allen Beteiligten.“

Die AfD ist gegen den Ausbau der Miet- und Sozialberatung im Altglienicker Kosmosviertel und hat den Antrag in der BVV abgelehnt. Wer hat nochmal das Direktmandat im Wahlkreis? Ahja, die AfD! Kann man sich auf Hinblick der Wahl ruhig mal merken.

## Trauungen immer nur in Köpenick?

Trauungen finden in Treptow-Köpenick ausschließlich im Rathaus Köpenick statt. Das legendäre Standesamt in Johannisthal ist schon lange abgerissen und der Hochzeitsraum im Rathaus Treptow wurde ein modernes Sitzungszimmer. Die BVV beschloss am 28. Mai 2009 Eheschließungen und die Begründung eingetragener Lebenspartnerschaften auf Initiative der Linken und insbesondere von Philipp Wohlfeil auch außerhalb der Rathäuser zu ermöglichen. Spannende Orte wie der Müggelturm, die Alte Försterei oder die Archenhaldsternwarte wurden schnell genannt und weckten große Erwartungen.

Jahrelang wurde dieser Beschluss vom Bezirksamt nicht umgesetzt. Fehlendes Personal, hohe Kosten und sehr enge Kriterien für die Ersatzstandorte wurden genannt. Bemühungen gab es, doch am 5. Oktober beerdigte das Bezirksamt diesen Beschluss mit folgendem Satz: „Gesundheitliche Bedenken sowie die aktuelle wirtschaftliche Gesamtsituation haben uns veranlasst, die Prüfung der Möglichkeiten für Außer-Haus-Eheschließungen auszusetzen.“

Damit liegt es nun nach elf Jahren an Corona, dass keine Umsetzung erfolgen kann. Der Einsatz der Bürgerdeputierten Jana Oestreich im Ausschuss und die letzte Debatte in der BVV blieben letztendlich erfolglos.

● *Tino Oestreich*

## Bürgersprechstunde

**Stellv. Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Soziales und Jugend Gernot Klemm**

Die März-Sprechstunde ist noch nicht terminiert. Wegen der Pandemie findet sie nur telefonisch statt. Terminanfrage und Anmeldung unter 030) 90297-5988

## KONTAKT

### Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205  
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin  
Tel. (030) 533 76 07  
mail@linksfraktion-tk.de

### Sprechzeiten:

Mo, Mi, Do	15.00 – 18.00 Uhr
Dienstag	12.00 – 17.00 Uhr
Freitag	10.00 – 13.00 Uhr

Sprechzeiten nach Voranmeldung

[www.linksfraktion-tk.de](http://www.linksfraktion-tk.de)



linksfraktiontk

## IMPRESSUM

### Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion  
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick  
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),  
Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann  
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der  
BVV Treptow-Köpenick,  
Redaktion Aus dem Rathaus,  
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.  
Email: [redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de](mailto:redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de)  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.  
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.  
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH  
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Januar 21.  
Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am Do. 4. März 2021.  
Redaktionsschluss dafür: Di 23.2.21



## KONTAKT

### Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin  
Tel. 64 32 97 76, Fax 64 32 97 92  
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

### Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr  
Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

**Die Geschäftsstelle ist pandemiebedingt für den Publikumsverkehr geschlossen. Anliegen, die eine persönliche Vorsprache erfordern, bedürfen einer Terminvereinbarung (Telefon oder E-Mail)**

### Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)  
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

### Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdA

Allendeweg 1, 12559 Berlin  
Tel. 40 74 36 38, Fax 40 74 36 39  
kontakt@fuchs-stefanie.de

### Öffnungszeiten: (nur telefonisch)

Montag 10.00 – 14.00 Uhr  
Donnerstag 16.00 – 19.00 Uhr  
Freitag 10.00 – 13.00 Uhr

### Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin  
Tel. (030) 80 93 27 58  
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

### Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr  
Mittwoch 10.00 – 17.00 Uhr

**Sprechzeiten vor Ort:** um vorherige Anmeldung wird gebeten

### Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin  
Tel. 65940 800, Fax 65940 801  
buergerbuero@carsten-schatz.de

### Öffnungszeiten:

Mo, Mi, Do 11.00 – 15.00 Uhr  
Dienstag 10.00 – 14.00 Uhr  
Freitag 14.00 – 18.00 Uhr

### Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin  
Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58  
gregor.gysi@wk.bundestag.de

### Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 – 16.30 Uhr

### Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)  
jeweils 13.00 – 15.45 Uhr

[www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)



## IMPRESSUM

### blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei DIE LINKE. Treptow-Köpenick  
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Helga Pett, Joseph Rohmann  
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.  
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.  
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH  
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Januar 21.  
Redaktionsschluss für Ausgabe März: Di 23.2.21  
Erscheinungstag blättchen 268: Do. 4. März 21  
Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

## Wir gratulieren im **Februar** zum Geburtstag

- 65. Sonja Sziborra  
Ramona Schneider
- 70. Marion Wendler
- 80. Ursula Schröter  
Dieter Kaldekewitz
- 85. Hermann Birkendahl  
Eva Wegert

- 91. Ursula Gottwald
- 92. Rosa Tietz  
Rudolf Zecher  
Jens-Peter Dierichs
- 93. Otto Kretzschmar
- 95. Johanna Weniger
- 97. Ursula Wenzel



## Schuldenbremse

### CDU auf finanzpolitischer Geisterfahrt

„ Zu der in der CDU entbrannten Debatte um eine Lockerung der Schuldenbremse erklärt Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE: Die Schuldenbremse lähmt die Handlungsfähigkeit des Staates bei der Bewältigung der Corona-Krise, aber auch bei der sozial-ökologischen Transformation und der Armutsbekämpfung. In Zeiten, wo der deutsche Staat für Kredite nicht einmal Zinsen zahlen muss, sondern im Gegenteil Geld dazu bekommt, ist sie finanzpolitisch vollkommen irrsinnig.

Leider verwandelt Kanzleramts-Chef Braun seinen eigentlich sinnvollen Vorstoß zur Lockerung der Schuldenbremse in das Gegenteil. Denn: Parallel will er eine Sozialbremse und einen Reichenschutz einführen. Das sieht dann so aus, dass Sozialabgaben auf 40% des Bruttolohns gedeckelt werden und Steuererhöhungen, die ja vor allem für Reiche und Krisengewinnler-Konzerne im Gespräch sind, eine Absage erteilt wird. Damit würde sichergestellt, dass trotz Lockerung der Schuldenbremse nicht die Reichen und Konzerne, sondern die

Lohnabhängigen und Leistungsberechtigten die Krise zahlen. Das würde man für typisch konservative Politik halten, doch auch diese zaghafte Infragestellung der heiligen Kuh ‚Schuldenbremse‘ sorgt für Aufregung in der CDU. Hamburgs CDU-Chef Christoph Ploß etwa bezeichnet die Schuldenbremse, die verhindert, dass der Staat kostenlose Kredite aufnimmt und damit sinnvolle und notwendige Zukunftsinvestitionen tätigt, tatsächlich als finanzielle Solidität und Generationengerechtigkeit. Investitionsstau in Bildung, digitaler Infrastruktur, Klimaschutz und Gesundheit sollen also aus konservativer Sicht ‚Generationengerechtigkeit‘ sein. Soweit die CDU dieser absurden Einschätzung folgt, begibt sie sich endgültig auf finanzpolitische Geisterfahrt. Generationengerechtigkeit aus Sicht der Linken erfordert dagegen ein Jahrzehnt der Investitionen in Klimaschutz, Bildung, Gesundheit und eine gerechte Arbeitswelt. Generationengerechtigkeit stellen wir her, indem wir die Welt den kommenden Generationen besser hinterlassen, als wir sie vorgefunden haben.

## Sozialrechtsberatung im Bürgerbüro

Im Bürgerbüro von Carsten Schatz, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Abgeordnetenhaus, gibt es künftig für Probleme und Fragen im Bereich Sozialrecht eine kostenlose und unverbindliche Rechtsberatung. Einmal monatlich findet dazu im Bürgerbüro eine offene Sprechstunde mit einem Rechtsanwalt statt.

Etwaigen Beratungsbedarf in Fragen von Sozialrecht bitte mit einem konkretem Sachverhalt vorher anmelden. Die nächste Rechtsberatung findet am Dienstag, 16. Februar 2021 von 12 Uhr – 14 Uhr im Bürgerbüro Schatz, Friedrichshagener Straße 1A statt.

Außerdem bieten die Bürgerbüros der Abgeordneten Carsten Schatz und Stefanie Fuchs Schülern auch die technischen Möglichkeiten für Homeschooling, Telefonische Anfragen dazu: Büro Schatz: 65940 800, Büro Fuchs: Tel. 40 74 36 38

## Bürgersprechstunden

### Gregor Gysi, MdB

**Dienstag 16.2.21** von 12– 18 Uhr im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin. Anmeldungen bitte bei André Schubert unter 63 22 43 57

### Katalin Gennburg, MdA

Telefonsprechstunden finden vorerst jeden **Freitag von 15 bis 16 Uhr** statt. Tel. 80 93 27 58.

### Stefanie Fuchs, MdA

Persönliche Sprechstunden wegen der Pandemie ggf. telefonisch (Tel. 40 74 36 38) oder per E-Mail kontakt@fuchs-stefanie.de erfragen.

### Carsten Schatz, MdA

**Mittwoch 10. Februar 17– 19 Uhr** und **Mittwoch, 24. Februar 17– 19 Uhr**, die Sprechstunden sind beide digital in einer Videokonferenz. Unter der E-Mail buergerbuero@carsten-schatz.de ist Anmeldung erforderlich.

## Das blättchen ist nicht umsonst

Das blättchen ist seit fast 20 Jahren die Zeitung des Bezirksverbands DIE LINKE Treptow-Köpenick. Hier informieren wir über das Geschehen im Bezirk, über unsere Politik. Dabei ist das blättchen mehr als nur Mitteilungsblatt der Partei. DIE LINKE erhält als einzige im Bundestag vertretene Partei keine Spenden von Unternehmen. Wenn Sie dieses Angebot schätzen und unterstützen möchten, helfen Sie mit einer Spende, es aufrecht zu erhalten: IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03 BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

# Hilfe beim Homeschooling

## Drucken, Scannen, Kopieren?

Die Bürgerbüros von **Stefanie Fuchs** und **Carsten Schatz** bietet einige technische Möglichkeiten für das Homeschooling, die einige zu Hause nicht haben. Die Benutzung ist kostenlos und alles unter Einhaltung der Hygieneregeln.

**Bürgerbüro Schatz**  
Friedrichshagener Str. 1A  
12555 Berlin  
carsten-schatz.de

**Bürgerbüro Fuchs**  
Allendeweg 1  
12559 Berlin  
fuchs-stefanie.de

[www.die-linke-tk.de](http://www.die-linke-tk.de)





## „Kultur ins Grundgesetz“

Bemerkenswerte Initiative aus Treptow-Köpenick



„Die Arbeit aller Kunst- und Kulturschaffenden ist als eine gesellschaftliche zu sehen und darf nicht mit wirtschaftlichen Maßstäben gemessen werden. Letzteres verhindert, dass jeder Mensch, egal welchen sozialen Standes, Zugang zu Kunst und Kultur bekommt und dass die vermeintliche Freiheit der Kunst und Kultur eine wirtschaftlich abhängige ist.“

Kultur ist Bildung und muss deshalb Obliegenheit des Staates und aller gesellschaftlichen Kräfte sein – so begründet Kathrin Schüle, die Theaterleiterin des Theaters Adlershof und eine der Initiatorinnen der Open-Petition „Kultur ins Grundgesetz“ ihr Engagement. Schließlich wurde die Idee Ende des vergangenen Jahres im Theaterzelt ihres Theaters geboren.

Kunst und Kultur existieren nicht um ihrer selbst willen, sondern brauchen und suchen den Dialog dem Publikum. Alle müssen daran teilhaben können, unabhängig von seiner Lebenssituation, bei vielfältigen Angeboten, die man auch ohne viel Geld und auch ohne weite Wege in Anspruch nehmen kann. Und obwohl dieses Menschenrecht in der UN-Charta verbrieft ist – zu deren Unterzeichnern die Bundesrepublik Deutschland gehört – sind wir von der Schaffung der dafür notwendigen Chancengleichheit noch sehr weit entfernt. Deshalb lauten die beiden ersten Forderungen der Petition:

- Den Schutz von Kunst und Kultur als Grundrecht im Grundgesetz zu verankern.
- Das Recht auf unbeschränkte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am kulturellen Leben und an kultureller Bildung als Grundrecht im Grundgesetz zu verankern.

Und, mindestens genauso wichtig, ist die Situation der Menschen, die Kunst und Kultur für uns machen. Das hat uns

die Pandemie deutlich wie nie vor Augen geführt.

Dem trägt die dritte Forderung der Petition Rechnung:

- Langfristige stabile Sicherungsinstrumente für Kunst- und Kulturschaffende zu etablieren sowie ein auf sie zugeschnittenes gesetzliches Regelwerk zu schaffen, das sie vor unverschuldeten Verdienstaussfällen schützt.

Es gibt viele Menschen, die das ähnlich sehen. Es ist spannend, sich die Liste der ErstunterzeichnerInnen anzuschauen. Da stehen unter anderem Wim Wenders, Konstantin Wecker, Marion Brasch, Klaus Lederer, Gregor Gysi, Till Brönner, Antje Vollmer, Hans Eckhardt Wenzel und, und, und...

Diese Liste und weitere Informationen zur Petition sind zu finden unter: <https://www.kulturinsgrundgesetz.de>

Unterschreiben kann man noch bis zum 13. Juni 2021 unter: <https://www.openpetition.de/petition/unterzeichner/kultur-ins-grundgesetz>.

■ ■ Edith Karge

## Von der Geschichte zur Gegenwart

Veranstaltungsreihe mit Spaziergang und Podcast

Eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Von der Geschichte zur Gegenwart“ soll über die geschichtlichen Dokumente von Diskriminierung, Menschenverachtung und Diktatur aufzeigen, warum Bürgerbeteiligung, Partizipation und gesellschaftliches Engagement so wichtig sind.

Die Veranstaltungsreihe ist ein Kooperationsprojekt von: Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit, Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick, offensiv'91 e.V., Partnerschaft für Demokratie Treptow-Köpenick, Partnerschaft für Demokratie Schöneweide, InteraXion – Willkommensbüro für geflüchtete Menschen und Migrant:innen, Bezirksamt Treptow-Köpenick – Integrationsbereich, Treptow-Köpenick für Vielfalt und gegen Antidiskriminierung, ARTivisten e.V., MaMis en Movimiento e.V., Lesben- und Schwulverband Berlin-Brandenburg e.V.

Auftakt ist ein Live-Podcast: Mehrsprachigkeit als Bereicherung am Freitag, 19.2. um 17 Uhr. Die Organisatoren empfinden Mehrsprachigkeit als Bereicherung und sprechen dabei aus ganz unterschiedlichen Perspektiven: die Weitergabe der Muttersprache zwischen Eltern und ihren Kindern, Mehrsprachigkeit in der Pädagogik und Poesie.

Adlershof im Spiegel der Geschichte ist der Titel eines Rundgangs anlässlich des Jahrestages des Kapp-Putsches. Dabei wird auf das Werk der Schriftstellerin Anna Seghers geblickt und nach Spuren jüdischen Lebens im Ortsteil gesucht. Treffpunkt – nach Anmeldung – ist am Samstag, 13. März um 14 Uhr. Der Rundgang dauert etwa 3 Stunden. Der Hörspaziergang zurückERZÄHLT am Samstag, 27. März, erzählt Geschichten der 106 Schwarzen Kinder, Frauen und Männer am Karpenteich im Sommer 1896. Sie waren die Darsteller:innen der ersten Deutschen Kolonialausstellung im Rahmen der großen Gewerbeausstellung im Treptower Park. „Angeworben“ von der Reichsregierung und den Kolonialbehörden in den von den Deutschen kolonisierten Gebieten kamen sie nach Berlin und mussten dort einen Sommer lang die koloniale Inszenierung der Ausstellungsmacher:innen performen. Weitere Veranstaltungen sind u.a. ein Besuch im Funkhaus Nalepastraße in Oberschöneweide, eine politische Führung im Elsengrund sowie ein Aktionstag Schöneweide in der Nachwendzeit.

Weitere Informationen über die bis Juni dauernde Reihe unter [www.berlin.de/integration-tk/veranstaltungen](http://www.berlin.de/integration-tk/veranstaltungen).

Foto: Joshua Fehrenz



Am Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee, in Deutschland Gedenktag der Opfer des NS-Regimes, legten LINKE-Bezirksvorsitzender Christian Kerntopf und LINKD-BVV-Verordneter André Schubert einen Kranz am Denkmal für die Opfer der Köpenicker Blutwoche nieder.



Weitere Informationen zu Terminen & Veranstaltungen im Internet: [www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)